



Bulletin

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. Oktober 2024 (Vormittag)

Der Kantonsrat hat mit 156 Stimmen das Postulat betreffend «Büroflächenstandard für Gerichtsgebäude» dringlich erklärt ([KR-Nr. 333/2024](#)). Der Regierungsrat hat nun fünf Wochen Zeit für eine Stellungnahme. Anschliessend wird der Kantonsrat definitiv über die Überweisung des Postulates entscheiden.

Der Kantonsrat hat ohne Gegenantrag ein neues Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts gewählt ([KR-Nr. 33/2024](#)).

Der Kantonsrat hat in der Schlussabstimmung mit 175 zu 0 Stimmen der Erlassung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Förderung der Ausbildung im Bereich der Pflege zugestimmt ([5943](#)). Damit wird die kantonale Grundlage für die Umsetzung der ersten Etappe der Pflegeinitiative geschaffen, die von Volk und Ständen im November 2021 angenommen wurde. Der Rat hat im Rahmen der Debatte mit Stichentscheid des Kantonsratspräsidenten (89 zu 88 Stimmen) der Abschreibung der Motion betreffend «Ausbildungsbeiträge für Quereinsteigende in eine Ausbildung zur Pflegefachperson HF» zugestimmt ([KR-Nr. 244/2021](#)).

Der Kantonsrat hat in erster Lesung verschiedene Änderungen betreffend Schulsozialarbeit im Mittelschulgesetz und im Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die Berufsbildung beraten und über zahlreiche Kommissions- und Minderheitsanträge abgestimmt ([5935](#)). Der Rat ist dabei allen Anträgen der vorberatenden Kommission gefolgt. Das Geschäft geht nun an die Redaktionskommission zur Antragstellung für die zweite Lesung.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Konzept für den Fernunterricht» von als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 242/2020](#)). Mit dem Vorstoss wurde vom Regierungsrat ein stufengerechtes Konzept zur Ergänzung des Unterrichts mit Fernunterricht und digitalem Unterricht gefordert. Ein Minderheitsantrag, mit dem gefordert wurde, das Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abzuschreiben, wurde mit Stichentscheid des Präsidenten (88 zu 87 Stimmen) abgelehnt.

Der Kantonsrat hat das Postulat betreffend «Aktivere Information in der Volksschule für Berufswege» ohne Gegenantrag als erledigt abgeschrieben ([KR-Nr. 30/2022](#)). Mit dem Vorstoss wurde gefordert, dass Erziehungsberechtigte und weitere Ansprechpersonen rechtzeitig vor dem Wechsel in die Sek-I-Stufe über die Möglichkeiten des dualen Bildungssystems aufgeklärt werden.

Der Kantonsrat hat mit 109 zu 65 Stimmen die Motion betreffend «Medienqualität fördern – Medienausbildungszentrum MAZ unterstützen» von AL, SP, Grünen und EVP abgelehnt, mit der eine jährlich wiederkehrende Mitfinanzierung des MAZ gefordert wurde ([KR-Nr. 479/2022](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Die Beschlüsse des Zürcher Kantonsrates vom 28. Oktober 2024 (Nachmittag)

Der Kantonsrat hat mit 49 Stimmen eine parlamentarische Initiative von SVP-Kantonsrat Christoph Marty abgelehnt, mit der gefordert wurde, dass steuerpflichtige Personen an ihrem

Wohnsitz im Kanton Zürich vom Reineinkommen für die selbstbewohnte Mietwohnung 30 Prozent der Wohnungsmiete als Mieterabzug geltend machen können ([KR-Nr. 289/2024](#)). Das Geschäft ist damit erledigt.

Der Kantonsrat hat den Objektkredit für den Neubau des Sozialversicherungsgerichts bewilligt ([KR-Nr. 279/2024](#)). Ein Rückweisungsantrag wurde mit 106 zu 68 Stimmen abgelehnt. Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 111 Stimmen erreicht.

Der Kantonsrat hat den Objektkredit für den Ersatzneubau des Bezirksgerichts Hinwil bewilligt ([KR-Nr. 254/2023](#)). Ein Rückweisungsantrag wurde mit 105 zu 65 Stimmen abgelehnt. Das für die Lösung der Ausgabenbremse nötige Quorum von 91 Stimmen wurde mit 106 Stimmen erreicht.

Der Kantonsrat hat mit 147 Stimmen eine parlamentarische Initiative von Thomas Anwander, Kantonsrat der Mitte, vorläufig unterstützt, mit der gefordert wird, dass gegen erstinstanzliche Handlungen des Regierungsrates, welche die politische Stimmberechtigung der Bürgerinnen und Bürger oder Volkswahlen oder Volksabstimmungen betreffen, innert 10 Tagen Einsprache erhoben werden kann ([KR-Nr. 296/2024](#)). Die GL des Kantonsrates wird die PI einer Kommission zu Bericht und Antrag überweisen.

(nic.)